

**Beschlussempfehlung mit Stellungnahmen
zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Artikel 38 GG
(Einführung einer Wahlpflicht bei Bundestagswahlen)**

Drucksache JuP-13/10

Die Seiten 1 und 2 (Beschlussempfehlung) enthalten das Arbeitsergebnis des Innenausschusses.

Sofern Änderungen am Text des Gesetzes empfohlen werden, sind diese auf den Seiten 2 und 3 so einzutragen, dass eine Zuordnung zum ursprünglichen Gesetzestext eindeutig ist.

In der rechten Spalte ist je nach Zusammenhang zu vermerken:

- unverändert
- entfällt
- wird wie folgt geändert:
- neu eingefügt:

Die Seiten 4 und 5 enthalten die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse.

Seite 4 wird ausgefüllt vom Ausschuss für Soziales, Seite 5 vom Rechtsausschuss.

Die Berichte sollen in prägnanter Form zum Ausdruck bringen, was der jeweilige mitberatende Ausschuss dem federführenden Ausschuss mitzuteilen hat. Die Berichte können enthalten:

- allgemein gehaltene Hinweise auf wichtige Aspekte, die bei der Abfassung der Beschlussempfehlung Berücksichtigung finden müssen
- Hintergrundinformationen und kurze Erläuterungen von Zusammenhängen, die dem federführenden Ausschuss so möglicherweise nicht bekannt sind.

**Beschlussempfehlung
des Innenausschusses**

**zu dem Entwurf aus der Mitte des Bundestages
- Drucksache JuP-13/5 -**

**Gesetz zur Änderung von Artikel 38 GG
(Einführung einer allgemeinen Wahlpflicht bei Bundestagswahlen)**

**und zum Entwurf aus der Mitte des Bundestages
- Drucksache JuP-13/6 -**

**Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
(Bestimmungen zur Umsetzung der Wahlpflicht)**

Beschlussempfehlung

- a) Das Parlament wolle beschließen, den Gesetzentwurf auf Drucksache JuP-13/5 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung I ersichtlichen Fassung anzunehmen.
- b) Das Parlament wolle beschließen, den Gesetzentwurf auf Drucksache JuP-13/6 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung II ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 24. Mai 2013

Der Innenausschuss

Vorname Name

Vorsitzende(r)

Mobilnummer:

Vorname Name

Stellv. Vorsitzende(r)

Mobilnummer:

Zusammenstellung I

„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Artikel 38 GG (Einführung einer allgemeinen Wahlpflicht bei Bundestagswahlen)“

– Drucksache JuP-13/5 –

mit den Beschlüssen des Innenausschusses

Entwurf

Beschlüsse des Innenausschusses

—

—

Gesetz

Gesetz

**zur Änderung von Artikel 38 GG (Einführung einer
allgemeinen Wahlpflicht bei Bundestagswahlen)**

**zur Änderung von Artikel 38 GG (Einführung einer
allgemeinen Wahlpflicht bei Bundestagswahlen)**

Artikel 38 GG (2) soll künftig lauten

- (2) Jeder Bürger, der das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, ist verpflichtet an den Wahlen teilzunehmen; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.

Zusammenstellung II

„Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (Bestimmungen zur Umsetzung der Wahlpflicht)“

– Drucksache JuP-13/6 –

mit den Beschlüssen des Innenausschusses

Entwurf

Beschlüsse des Innenausschusses

—
**Gesetz
zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
(Bestimmungen zur Umsetzung der Wahlpflicht)**

—
**Gesetz
zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
(Bestimmungen zur Umsetzung der Wahlpflicht)**

Ergänzt wird ein § 12 a „Wahlpflicht“

- (1) Alle Wahlberechtigten sind verpflichtet, ihr aktives Wahlrecht auszuüben.
- (2) Wer sich der Wahlpflicht nach Abs. 1 ohne genügende Entschuldigung entzieht, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße in Höhe von zwanzig Euro geahndet werden.

Ergänzt wird in § 30 „Stimmzettel“

- (2) „Der Stimmzettel enthält“

3. die Möglichkeit zur Stimmenthaltung

- für die Wahl in den Wahlkreisen mit dem Wortlaut „Ich unterstütze keine/n der oben genannten Kandidat/innen.“
- für die Wahl nach Landeslisten mit dem Wortlaut „Ich unterstütze keine der oben genannten Listen.“

Stellungnahme des Ausschusses für Soziales an den Innenausschuss

Der Ausschuss für Soziales hat den auf Drucksache JuP-13/5 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Artikel 38 GG (Einführung einer allgemeinen Wahlpflicht bei Bundestagswahlen) sowie den auf Drucksache JuP-13/6 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (Bestimmungen zur Umsetzung der Wahlpflicht) beraten und ist zum folgenden Ergebnis gekommen:

Berlin, den 24. Mai 2013

Der Ausschuss für Soziales

Vorname Name

Vorsitzende(r)

Mobilnummer:

Vorname Name

Stellv. Vorsitzende(r)

Mobilnummer:

Stellungnahme des Rechtsausschusses an den Innenausschuss

Der Rechtsausschuss hat den auf Drucksache JuP-13/5 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Artikel 38 GG (Einführung einer allgemeinen Wahlpflicht bei Bundestagswahlen) sowie den auf Drucksache JuP-13/6 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (Bestimmungen zur Umsetzung der Wahlpflicht) beraten und ist zum folgenden Ergebnis gekommen:

Berlin, den 24. Mai 2013

Der Rechtsausschuss

Vorname Name

Vorsitzende(r)

Mobilnummer:

Vorname Name

Stellv. Vorsitzende(r)

Mobilnummer:
